## Kleine Anfrage

Stefan Müller (Heidenrod) (Freie Demokraten)

Meldekette bezüglich der Warnung der Bevölkerung bei Hochwasserlagen

## Vorbemerkung:

Nach der Flutkatastrophe in Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Bayern ist die Alarmierung der Bevölkerung im Katastrophenfall sowie das Vorgehen der Hilfskräfte in den Fokus der Öffentlichkeit geraten. Verstärkt sind nun auch die Meldeketten im potentiellen Katastrophenfall im Blick. Auch die Rolle des öffentlichen Rundfunks wird hierbei diskutiert. Fraglich ist daher, wie genau eine Alarmierung der Bürgerinnen und Bürger im Katastrophenfall (Hochwasserlage) erfolgt und wie sichergestellt werden kann, dass die gesamte Bevölkerung erreicht wird. Darüber hinaus stellen sich Fragen hinsichtlich der Hilfemaßnahmen während der Ereignisse sowie im Nachgang.

## Ich frage die Landesregierung:

- 1. Wie ist die Meldekette hinsichtlich möglicher Katastrophenfälle bei Hochwasserlagen?
- 2. Wie läuft die Zusammenarbeit mit externen Beteiligten bzw. dem Deutschen Wetterdienst und den Rundfunkanstalten?
- 3. An wen meldet der Wetterdienst Warnungen/Informationen bei Hochwasserlagen?
- 4. Von wem wird der öffentliche Rundfunk informiert?
- 5. Ist der öffentliche Rundfunk verpflichtet, über einen akuten möglichen Katastrophenfall zu informieren?
- 6. Wenn ja: Wie hat dies konkret zu erfolgen? Wenn nein: Warum nicht?
- 7. Welche Rolle spielen die "Warn-Apps" (insbesondere "Katwarn") bei der Informationsweitergabe hinsichtlich möglicher bevorstehender Hochwasserlagen?
- 8. Wie will man das Angebot weiter verbessern, damit es von mehreren Menschen wahrgenommen wird, d.h. dass durch die Apps mehr Menschen erreicht werden?
- 9. Wo sieht die Landesregierung datenschutzrechtliche Probleme bei der Information der Bürgerinnen und Bürger per SMS bei Hochwasserlagen?
- 10. Wie steht die Landesregierung zu der Implementierung eines sog. "Single Voice Prinzips" nach dem Vorbild des Bundeslandes Sachsen?

Wiesbaden, den 27. Juli 2021

Stefan Müller